

2104 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Sozialausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Jänner 1980  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Impfschadengesetz  
geändert wird

Die Bestimmungen des Impfschadengesetzes 1973 sind nicht  
auf solche Gesundheitsschädigungen anwendbar, die durch eine  
Pockenschutzimpfung verursacht worden sind, die vor dem Jahre  
1948 vorgenommen worden ist. Einer Anregung der Volksanwalt-  
schaft entsprechend, soll durch den vorliegenden Gesetzes-  
beschluß des Nationalrates der Entschädigungsanspruch auf alle  
Impfschäden zwischen 1945 und 1948 ausgeweitet werden. Die  
Entschädigungsleistungen sollen mit dem Monat anfallen, in dem  
die Voraussetzungen für die Zuerkennung erfüllt sind, frühestens  
jedoch mit 1. Jänner 1980.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner  
Sitzung vom 30. Jänner 1980 in Verhandlung genommen und ein-  
stimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-  
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 24. Jänner  
1980 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Impfschadengesetz  
geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1980 01 30

Margaretha O b e n a u s  
Berichterstatter

S t e i n l e  
Obmann